



Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement Newsletter Nr. 7 vom 30.6.2011

Inhalt

SCHWERPUNKT-THEMA: QUALITÄTSENTWICKLUNG IN FREIWILLIGENDIENSTEN

- Bundesfreiwilligendienst: Start am 1. Juli 2011
- Freiwilligendienste und Kultur: Kleine Anfrage
- A.-M. Stuth: Qualitätsentwicklung in Freiwilligendiensten
- Kerstin Hübner: 10 Jahre Qualitätsentwicklung FSJ Kultur

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

- BürgerProgramm 2011 veröffentlicht
- Rede des Bundespräsidenten zu Partizipation
- Rede der Bundeskanzlerin zu Partizipation
- VENRO, Zivilgesellschaft und BMZ
- Soziale Stadt und Städtebauförderung: Anfragen
- Kooperationsverbot aufheben: Antrag
- Bürgerschaftliches Engagement und Bibliotheken
- Unfallversichert im freiwilligen Engagement

AKTUELLES AUS DEM BBE

- Brandenburg vertritt Bundesländer im BBE
- BBE tritt dem »Bündnisses für eine Soziale Stadt« bei
- Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2011
- Engagement und Erwerbsarbeit in Europa: Konferenz
- Zukunftskongress Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit

- Engagementförderung in Ostdeutschland: Fachtagung
- Civil Academy: Jetzt bewerben
- Neue Mitarbeiter im BBE

FACHDISKURS

- Große Transformation: Hauptgutachten des WBGU
- Stiftungsreport 2011/12: Publikation
- Partizipationsstrukturen auf kommunaler Ebene: Publikation
- Corporate Volunteering: Befragung und Studie
- PPP: Publikation
- Förderpreis Bürgerstiftungen: Ausschreibung
- Bewegungsnetzwerk 50plus veranstaltet Vereinswettbewerb
- Hinweis

SCHWERPUNKT-THEMA: QUALITÄTSENTWICKLUNG IN FREIWILLIGENDIENSTEN

Bundesfreiwilligendienst: Start am 1. Juli 2011

Am 1. Juli 2011 startet der Bundesfreiwilligendienst (BFD). Die aktuellen Zahlen der BFD-Verträge und Interessenten sind allerdings zum Start noch erheblich von dem Ziel der 35.000 BFDler entfernt, die 2012 erreicht werden sollen: So waren laut einer Erklärung des Bundesfamilienministeriums Anfang Juni 1000 Verträge unterzeichnet. Allerdings ist festzuhalten, dass erst seit Mitte Mai solide über den BFD informiert werden konnte. Entsprechend sortieren sich noch die eigentlichen Akteure, die vor Ort die Tätigkeitsfelder für die Freiwilligen organisieren, etwa die Städte und Gemeinden oder die traditionellen Anbieter im Bereich der Wohlfahrtspflege oder des Umweltschutzes. Neben dem zentralen Stellenvermittlungsportal beim ehemaligen Bundesamt für Zivildienst finden sich mittlerweile Onlineangebote beim Deutschen Roten Kreuz, NABU oder unter [oeko-bundesfreiwilligendienst](#). Zudem müssen neue Akteure, etwa aus dem Feld des Sports, den BFD erst noch als Option entdecken. Am Ende des Jahres wird man bilanzieren können, ob und bis wann die Zielzahl von 35.000 Freiwilligen tatsächlich erreicht werden kann. Sicher ist, dass dazu die aktuelle Zahl an Vertragsschließungen von, laut Ministerium, durchschnittlich 250 pro Woche deutlich auf 1300 pro Woche ansteigen muss. Etwa 14.000 Zivis haben an ihren Einsatzstellen ihre Tätigkeiten freiwillig verlängert - diese Regelung kann bis Jahresende noch genutzt werden.

Weitere Informationen unter

http://www.pressrelations.de/new/standard/result_main.cfm?pfach=1&n_

[firmanr_109243&sektor=pm&detail=1&r=455611&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0](http://www.firmanr_109243&sektor=pm&detail=1&r=455611&sid=&aktion=jour_pm&quelle=0)

BBE-Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein im Deutschlandradio Kultur zum Bundesfreiwilligendienst unter http://ondemand-mp3.dradio.de/file/dradio/2011/06/25/drk_20110625_0900_abe559d7.mp3

nach oben

Freiwilligendienste und Kultur: Kleine Anfrage

Eine Kleine Anfrage zum Freiwilligen Sozialen Jahr im Bereich Kultur hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/5979) gestellt. Sie will insbesondere wissen, wie die Bundesregierung das FSJ Kultur mit dem Bundesfreiwilligendienst verbinden will und ob es für den Bereich Kultur besondere Werbemaßnahmen plant. Die Fraktion will auch wissen, welche zusätzlichen Kosten durch den Bundesfreiwilligendienst und das mit der Verwaltung beauftragte ehemalige Bundesamt für Zivildienst für den Freiwilligendienst im Kulturbereich entstehen.

Kleine Anfrage unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/059/1705979.pdf>

nach oben

A.-M. Stuth: Qualitätsentwicklung in Freiwilligendiensten

Vor dem Hintergrund der Einführung neuer Förderprogramme und der steigenden Fördermittel in den Freiwilligendiensten diskutiert Ana-Maria Stuth das Thema der Qualitätsentwicklung aus der Perspektive der Erfahrungen von Quifd - Qualität in Freiwilligendiensten. Im Qualitätsverständnis von Trägern von Freiwilligendiensten gibt es trotz einiger Unterschiede in Details eine Reihe gemeinsamer Überzeugungen. Die Autorin fordert, dass möglichst bald die Debatte über die Anzahl der Freiwilligen und die Ausgestaltung der Förderbedingungen von der Frage nach Qualitätsentwicklung abgelöst wird, damit die Bedarfe der Freiwilligen und Einsatzstellen in den Mittelpunkt gerückt und Qualitätsstandards ggf. angepasst werden können.

Gastbeitrag Ana-Maria Stuth unter http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/06/nl7_stuth.pdf (193 kB)

nach oben

Kerstin Hübner: 10 Jahre Qualitätsentwicklung FSJ Kultur

Kerstin Hübner, Bundestutorin für das FSJ Kultur bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, reflektiert die notwendige Permanenz der Qualitätsentwicklung im FSJ Kultur. Hübner argumentiert, dass Qualität weniger mit Güte im Sinne von »gut« zu tun hat, als vielmehr mit Profilbildung, mit Eindeutigkeit und Unterscheidbarkeit. Qualität ist nur messbar im Verhältnis zu Zielen, die verfolgt werden. Entsprechend ist Qualität keine absolute normative Größe, sondern ein transparenter, immer wieder neu zu formulierender Standard. Dieser wird im Bereich des FSJ Kultur stets auch in Verbindung mit Erfahrungen aus Freiwilligendiensten in anderen Feldern formuliert.

Gastbeitrag Kerstin Hübner unter

http://www.b-b-e.de/fileadmin/inhalte/aktuelles/2011/06/nl7_huebner.pdf (170 kB)

nach oben

AKTUELLES AUS ENGAGEMENTPOLITIK UND –FÖRDERUNG

BürgerProgramm 2011 veröffentlicht

Am 12. März 2011 hatte Bundespräsident Christian Wulff den Arbeitsprozess des BürgerForums 2011 mit einer Veranstaltung in der Frankenhalle in Naila eröffnet (vgl. BBE-Newsletter 4/2011). Am 28. Mai 2011 haben nun die Bürger aus den teilnehmenden 24 Regionen ihr Bürgerprogramm vorgelegt. Aus insgesamt 150 erarbeiteten Lösungsvorschlägen der regionalen Bürger Programme haben sie zum Abschluss in einer bundesweiten Diskussions- und Bewertungsphase sechs Vorschläge zu Solidarität und Gerechtigkeit, Demokratie und Beteiligung, familiären Lebensformen, Integration, Bildung und Demografie ausgewählt. Ziel des BürgerForums 2011 war es, Demokratie durch transparente und neue Formen der Bürgerbeteiligung zu beleben. Auch wenn die Arbeit des Bürgerforums 2011 damit abgeschlossen ist, gehen angestoßene Diskussionen und Projekte auf regionaler Ebene weiter. Das Bürgerforum 2011 war eine gemeinsame Initiative des Bundespräsidenten zusammen mit der Heinz Nixdorf Stiftung und der Bertelsmann Stiftung.

Bürgerprogramm unter

http://bund.buergerforum2011.de/index.php?page=infopage&id_page=49&menucontext=40&rcookie=26

nach oben

Rede des Bundespräsidenten zu Partizipation

Zum Abschluss des 14. Deutschen Kinder- und Jugendhilfetages am 9. Juni 2011 in Stuttgart zeigte sich Bundespräsident Wulff von der vielfältigen Arbeit der Freien Träger und Verbände im Jugendbereich beeindruckt. In seiner Rede hob er die zentrale Bedeutung der Partizipation von Kindern und Jugendlichen am gesellschaftlichen Leben hervor. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen sei ein Gradmesser für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Gerade deshalb müssten Kinder und Jugendliche als Experten in ihren eigenen Angelegenheiten bis hin zur Städtepolitik teilhaben und mitwirken können, auch wenn es die »Erwachsenen-Politik« stören möge.

Rede des Bundespräsidenten unter

http://www.bundespraesident.de/SharedDocs/Downloads/DE/Reden/2011/06/11_0609-Kinder-Jugendhilfetag.pdf?__blob=publicationFile

nach oben

Rede der Bundeskanzlerin zu Partizipation

Am 16. Juni wurde der Reinhard Mohn Preis 2011 in Gütersloh an die Stadt Recife/Brasilien und ihre Bürgerinnen und Bürger verliehen. Seit 2001 sind diese

über Bürgerhaushalte und themenorientierte Foren in die Weiterentwicklung ihrer Stadt eingebunden. Mehr als 100.000 Erwachsene und Jugendliche der 1,6 Millionen Einwohner beteiligen sich jährlich an Versammlungen und über das Internet. Zudem findet in Recife alle zwei Jahre ein Beteiligungsprozess an Schulen statt. Die Schülerinnen und Schüler können dort Verbesserungsvorschläge für ihre Schulen einbringen und deren Umsetzung begleiten. Die Einwohner Recifes werden das ganze Jahr über von Mitarbeitern der Stadtverwaltung sowie zahlreichen ehrenamtlichen Helfern, die in den einzelnen Stadtvierteln präsent sind, zur Teilnahme mobilisiert. Sie wählen Delegierte aus ihren Reihen, die den Beteiligungsprozess von Anfang bis Ende begleiten und am Schluss sogar den Haushaltsplan der Stadt aufstellen. Seit Einführung des Bürgerhaushaltes im Jahr 2001 wurden knapp 5.000 Maßnahmen von den Bürgerinnen und Bürgern beschlossen. Die Preisverleihung an den Bürgermeister der Stadt nutzte Bundeskanzlerin Angela Merkel als Festrednerin, um sich zu zentralen Fragen heutiger Partizipationsformen zu äußern: Sie spannte den Bogen von Dialogforen über Verfahren direkter Demokratie bis hin zu Bürgerhaushalten, Mediationen und webbasierten Verfahren und äußert sich dabei zur Energiewende, zu Stuttgart 21 und zum in Arbeit befindlichen Verwaltungsverfahrensgesetz.

Rede der Bundeskanzlerin unter

http://www.bundestkanzlerin.de/nn_683608/Content/DE/Rede/2011/06/2011-06-16-merkel-reinhard-mohn-preis.html

nach oben

VENRO, Zivilgesellschaft und BMZ

In den vergangenen Monaten diskutierte VENRO - Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V. intensiv mit dem Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) über die Einrichtung der geplanten Servicestelle für zivilgesellschaftliches und kommunales Engagement. VENRO schlug eine unabhängige, zivilgesellschaftliche Trägerschaft vor. Dem folgte letztendlich das Ministerium nicht. Eine Rekonstruktion und Kommentierung der Diskussion wurde jetzt von VENRO unter dem Titel »Servicestelle: Mission Impossible« publiziert.

Publikation unter

<http://venro.org/index.php?id=1022>

nach oben

Soziale Stadt und Städtebauförderung: Anfragen

Eine Kleine Anfrage zum Schicksal des Programms Soziale Stadt hat die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (17/5996) gestellt. Die Kleine Anfrage lässt die Vermutung erkennen, dass im Kontext der Entscheidungsfindung auf Regierungsebene eine Rückkopplung mit Kommunen, Städten und anderen Beteiligten keine erkennbare Rolle gespielt hat. Gefragt wird explizit auch danach, wie die Regierung die Aktivitäten des »Bündnisses für eine Soziale Stadt« aus Zivilgesellschaft und Wirtschaft bewertet, das sich in Reaktion auf die massiven Einschnitte durch die Regierung gebildet hat. Kurz zuvor hat die Bundesregierung eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion (17/5790) zum Schicksal der Städtebauförderung insgesamt beantwortet (17/5972), wobei eine Reihe von

Fragen angesichts noch bevorstehender Koalitionsverhandlungen zum Haushalt 2012 nicht beantwortet werden konnten. Grundsätzlich bekennt sich die Bundesregierung trotz der erheblichen Mittelkürzungen ausdrücklich zur Fortsetzung der Städtebauförderung. Für eine sachgerechte Abstimmung mit den Kommunen erwartet sich das Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung viel von den Ergebnissen des Forschungsprojekts »Sicherung tragfähiger Strukturen für die Quartiersentwicklung«, die im Herbst 2011 vorliegen sollen.

Kleine Anfrage zur sozialen Stadt unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/059/1705996.pdf>

Antwort auf die Kleine Anfrage zur Städtebauförderung unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/059/1705972.pdf>

nach oben

Kooperationsverbot aufheben: Antrag

Die Fraktion DIE LINKE hat einen Antrag zur Aufhebung des Kooperationsverbotes zwischen Bund und Ländern in wichtigen Angelegenheiten eingebracht (17/6094). Anlass ist das Thema der Bildung als zentraler Hebel für Chancenverteilung und Lebensläufe. Die alleinige Zuständigkeit der Länder und Kommunen für den Bildungsbereich insbesondere nach der Föderalismusreform II wird als Hemmnis für eine sachgerechte Bildungspolitik angesehen. In eine etwas andere Richtung geht ein Antrag der SPD-Fraktion. Diese will eine auf spezifische Bildungsfragen beschränkte Lockerung des Kooperationsverbotes (17/5911).

Antrag der Fraktion DIE LINKE unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/060/1706094.pdf>

Antrag der SPD-Fraktion unter
<http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/059/1705911.pdf>

nach oben

Bürgerschaftliches Engagement und Bibliotheken

Bürgerschaftliches Engagement hat im Bibliothekswesen in Deutschland eine lange Tradition und hohe Verbreitung, ist aber auch immer wieder Gegenstand von Auseinandersetzungen. Der Deutsche Bibliotheksverband hat ein gemeinsames Positionspapier mit dem Borromäusverein e.V., dem Evangelischen Literaturportal e.V. - Verband für Büchereiarbeit und Leseförderung und dem Sankt Michaelsbund, Landesverband Bayern e.V. zu diesem Thema veröffentlicht, das die bisherige Positionierung aus dem Jahr 1999 ablöst. Bei der Erarbeitung des Positionspapiers wurde zugleich eine bundesweite Erhebung zur Verbreitung und zum Ansehen ehrenamtlicher Tätigkeit in Bibliotheken durchgeführt und ein Handbuch für die ehrenamtliche Arbeit in Bibliotheken erstellt. Seit dem Bibliothekartag im Juni 2011 in Berlin stehen Positionspapier, Erhebung, Handbuch und weitere Materialien auf einer Themenseite »BE in Bibliotheken« des Deutschen Bibliotheksverbandes der allgemeinen Öffentlichkeit zur Verfügung.

Themenseite unter

<http://www.bibliotheksverband.de/dbv/themen/ehrenamt-in-bibliotheken.html>

nach oben

Unfallversichert im freiwilligen Engagement

Ehrenamtliches Engagement muss sicher sein - vor allem für die, die hier aktiv werden. Aus diesem Grund hat der Gesetzgeber den Unfallschutz für ehrenamtlich tätige Bürgerinnen und Bürger in den letzten Jahren stetig verbessert. Das Bundesministerium für Arbeit und Soziales zeigt in einer neu erschienenen Broschüre das ganze Spektrum der gesetzlichen Unfallversicherung auf und beantwortet spezifische Fragen zur gesetzlichen und freiwilligen Unfallversicherung.

Publikation unter

http://www.bmas.de/portal/2878/property=pdf/a329__unfallversichert__im__engagement.pdf

nach oben

AKTUELLES AUS DEM BBE

Brandenburg vertritt Bundesländer im BBE

Als erstes ostdeutsches Land vertritt Brandenburg ab sofort alle Bundesländer im Koordinierungsausschuss des Bundesnetzwerkes Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Die Sprecherrolle übernimmt der Leiter der Koordinierungsstelle für Bürgerschaftliches Engagement und Demografischen Wandel in der Staatskanzlei, Manfred Bauer. Ministerpräsident Matthias Platzeck äußerte sich sehr erfreut über die Entscheidung der Bundesländer, nach Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen nunmehr Brandenburg mit dieser Aufgabe zu betrauen. Platzeck erklärte dazu in Potsdam: »Das Votum für Brandenburg zeigt, wie sehr auch in anderen Bundesländern unsere Bemühungen um gute Rahmenbedingungen für das bürgerschaftliche Engagement gewürdigt werden. Gerade im Europäischen Jahr der Freiwilligentätigkeit ist das für uns Ansporn und Verpflichtung zugleich. Dabei können wir auf einem soliden Fundament aufbauen: Erneut ist Brandenburg im jüngsten Freiwilligensurvey als bestes ostdeutsches Bundesland aufgeführt worden. Mit dem Ausbau des Versicherungsschutzes für Ehrenamtler und der Schaffung einer Anerkennungskultur für Freiwilligentätigkeit haben wir in den vergangenen Jahren Maßstäbe gesetzt. Nicht zuletzt freue ich mich, am kommenden Dienstag in der Staatskanzlei den 500. Freiwilligen-Pass seit Einführung im vergangenen Jahr übergeben zu können. Das alles sind Bausteine für die eine Botschaft: Das Ehrenamt ist in Brandenburg nicht nur hochwillkommen, es ist auch hoch anerkannt. Ich bin sehr froh, dass unser Land dem Chor der Bundesländer auf diesem wichtigen Gebiet mit Manfred Bauer nun Stimme und Gesicht gibt und wünsche ihm dafür eine glückliche Hand.«

Quelle: Staatskanzlei Brandenburg

<http://www.stk.brandenburg.de/cms/detail.php?gsid=bb1.c.254882.de>

nach oben

BBE tritt dem »Bündnisses für eine Soziale Stadt« bei

Der BBE-Sprecherrat hat den Beitritt des BBE zum »Bündnis für eine Soziale Stadt« beschlossen. Die gravierenden negativen Folgen der Mittelkürzungen für die Engagementförderung in den Stadtteilen im Programm »Soziale Stadt« unterbrechen eine bedeutende Förderlinie des Engagements und gefährden die bisher mit Hilfe dieses bedeutenden Förderprogramms erzielten Erfolge, so BBE-Geschäftsführer Ansgar Klein. Das Bündnis wurde im Januar 2011 vom Deutschen Städtetag, dem GdW Bundesverband deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmen, dem AWO-Bundesverband, dem vhw Bundesverband für Wohnen und Stadtentwicklung, der Schader-Stiftung und dem Deutschen Mieterbund gegründet. Inzwischen sind ca. 160 Unterstützer dem Bündnis beigetreten. Sein Ziel ist die Fortsetzung der erfolgreichen integrierten Stadtentwicklungspolitik auf der Grundlage der Städtebauförderung. Im Mittelpunkt steht die die Forderung, das Programm »Soziale Stadt« im Jahr 2012 wieder auf dem Niveau des Jahres 2010 zu fördern.

Bündnis für eine Soziale Stadt unter
<http://www.buendnis-soziale-stadt.de>

nach oben

Woche des bürgerschaftlichen Engagements 2011

Die bundesweite Woche des bürgerschaftlichen Engagements vom 16. bis 25. September ist auch 2011 wieder die Zeit, in der Bürgerengagement unter dem Motto »Engagement macht stark!« in aller Munde ist und die Arbeit von mehr als 23 Millionen freiwillig Engagierten gewürdigt wird. Bundespräsident Christian Wulff hat die Schirmherrschaft für die Aktionswoche übernommen, das BMFSFJ ist Förderer. Wie im vergangenen Jahr unterstützen die Engagement-Botschafter Ulrike Folkerts und Peter Maffay die Woche des bürgerschaftlichen Engagements. 2011 kooperiert das BBE bei der Aktionswoche mit dem Deutschen Roten Kreuz. Zum ersten Mal bietet in diesem Jahr das BBE in der Aktionswoche »Thementage« an. Die große Vielfalt des Engagements wird exemplarisch an den Themen Inklusion, Bürgerstiftungen, Unternehmensengagement und Europa dargestellt.

Weitere Informationen unter
<http://www.engagement-macht-stark.de>

Infoletter der Woche des Bürgerschaftlichen Engagements unter
http://www.engagement-macht-stark.de/index.php?option=com_acymailing&view=user&layout=modify&Itemid=413

Facebookseite unter
<http://de-de.facebook.com/engagementmachtstark.de?ref=nf>

nach oben

Engagement und Erwerbsarbeit in Europa: Konferenz

Am 26. und 27. Oktober 2011 findet in Oberschleißheim bei München eine Tagung zu Engagement und Erwerbsarbeit in Europa statt, die vom ISS in

Kooperation mit dem BBE durchgeführt wird. Sie ist eine der im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit 2011 geförderten Regionalkonferenzen. Neben dem nationalen und europäischen Austausch von Verbänden und Organisationen der Zivilgesellschaft verfolgt die Konferenz das Ziel, Engagementpolitik als Politikfeld auf EU-Ebene weiter zu etablieren. Inhaltlich geht es um Mischformen, Übergänge und wechselseitige Einflüsse zwischen Engagement, Erwerbsarbeit und Arbeitsmarktpolitik. Arbeitsverhältnisse im Dritten Sektor, Aspekte der Monetarisierung des Ehrenamts und arbeitsmarktpolitische Programme mit engagementpolitischen Implikationen werden ebenso thematisiert wie die Wechselwirkungen zwischen Engagement und Erwerbsarbeit für Kompetenzerwerb, Qualifizierung sowie lebenslanges und informelles Lernen.

Weitere Informationen unter

<http://www.iss-ffm.de/fortbildungen-veranstaltungen/fachtagungen/fachtagungen-2010/europaeische-fachkonferenz-engagement-und-erwerbsarbeit-in-europa.html>

nach oben

Zukunftskongress Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit

Freiwillige, Experten und Organisationen treffen sich vom 28.10.- 30.10.2011 in Münster, um im Rahmen des DRK Zukunftskongresses »Engagement heute - Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit« der Zukunft des Ehrenamts ein Profil zu geben. Das BBE ist Partner des DRK bei diesem Kongress. Gemeinsam soll auf dem Kongress die Charta »Ehrenamt heute und morgen!« erarbeitet werden, um das freiwillige Engagement in Deutschland und Europa zu stärken. Für das Fachpublikum werden sechs parallel verlaufende Fachforen mit jeweils fünf Sessions angeboten, die Szenarien der Freiwilligentätigkeit thematisieren. Parallel zur Veranstaltung findet das »Wochenende der Bürgergesellschaft« in Münster statt. Interaktiv und organisationsübergreifend werden der breiten Öffentlichkeit Szenarien, Möglichkeiten und Leistungsspektren der Freiwilligentätigkeit in allen gesellschaftlichen Bereichen dargestellt.

Weitere Informationen unter

<http://drkenga.drkcms.de/startseite.html>

nach oben

Engagementförderung in Ostdeutschland: Fachtagung

Am 16. November 2011 wird im Rahmen des Europäischen Jahres der Freiwilligentätigkeit die Fachtagung »Engagementförderung in Ostdeutschland« in den Franckeschen Stiftungen in Halle (Saale) stattfinden. Die Tagung des BBE zusammen mit den Bundesländern Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freiwilligenagenturen und der Thüringer Ehrenamtstiftung thematisiert die spezifischen Bedingungen und die besonderen Herausforderungen ehrenamtlicher Arbeit in Ostdeutschland. Anhand konkreter Praxisbeispiele werden Strategien der Engagementförderung des Bundes, der Länder sowie der Kommunen analysiert. Ziel ist es, gemeinsame Handlungsempfehlungen für eine wirkungsvolle Engagementförderpraxis und -kultur zu erarbeiten. Gleichzeitig

dient die Veranstaltung der sektor- und länderübergreifenden Zusammenarbeit und der kooperativen Vernetzung von Akteuren aus Gemeinwesen, Politik und Wirtschaft. Die Fachtagung findet mit Unterstützung der EU, des BMFSFJ und der Franckeschen Stiftungen statt.

Anmeldungen unter

<http://www.ejf-sachsen-anhalt.de>

nach oben

Civil Academy: Jetzt bewerben

Projektideen kompetent verwirklichen mit dem Wissen aus Wirtschaft und gemeinnützigem Bereich: Wie das geht, zeigt das Trainingsprogramm der Civil Academy, für das sich jetzt wieder freiwillig Engagierte zwischen 18 und 27 Jahren mit einer Projektidee bewerben können. Bewerbungsschluss ist Sonntag, der 10. Juli 2011. Eine fachkundige Jury wird die Auswahl treffen. Die drei Kompaktseminare des Programms zu Projektmanagement, Fundraising und Öffentlichkeitsarbeit werden im September, Oktober und Dezember stattfinden. Die Projektideen, die dort bis zur Umsetzungsreife weiter entwickelt werden, können aus einem beliebigen Engagementbereich kommen, sei es Soziales, Bildung, Umwelt oder Kultur. Die Civil Academy ist ein gemeinsames Projekt von BBE und BP Europa SE. Träger ist der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge e.V.

Weitere Informationen unter

<http://www.civil-academy.de>

nach oben

Neue Mitarbeiter im BBE

Seit Mitte Juni wird das BBE im Arbeitsbereich Europa zur Umsetzung des EU-Flaggschiffprojektes »Active Citizens for better communities« und der Organisation der Tagung des European Volunteer Centre CEV (19.-21. Oktober 2011 in Berlin) durch Matthias Riesterer unterstützt. Nach einem Studium der Kommunikations- und Kulturwissenschaften (M.A.) arbeitete er in der Friedrich-Ebert-Stiftung im Bereich Medienpolitik und leitete von 2008 bis 2011 bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung e.V. (BKJ) den bundesweiten Engagementwettbewerb PlusPunkt KULTUR. Ebenfalls seit Mitte Juni wird das Kampagnenteam der Aktionswoche durch Henning Fülle verstärkt. Der freischaffende Dramaturg und Hochschullehrer unterstützt die Arbeit der Redaktion des Infoletters.

nach oben

FACHDISKURS

Große Transformation: Hauptgutachten des WBGU

Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) hat sein Hauptgutachten »Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation« vorgelegt. Gefordert wird ein beschleunigter Umbau hin

zu einer post-fossilen Lebensweise. Damit dies möglich wird, müsse ein Gesellschaftsvertrag zur Innovation durch einen neuartigen Diskurs zwischen Regierungen und Bürgern innerhalb und außerhalb der Grenzen des Nationalstaats geschlossen werden und müsse die Bürgerbeteiligung und Demokratie deutlich gestärkt werden. Staaten, Unternehmen und Zivilgesellschaft seien hierbei gleichermaßen herausgefordert. Neben dem umfanglichen Hauptgutachten gibt es auch eine Kurzversion für zeitknappe »Entscheider«.

Gutachten unter

<http://www.wbgu.de/veroeffentlichungen/hauptgutachten/hauptgutachten-2011-transformation/>

nach oben

Stiftungsreport 2011/12: Publikation

Am 22. Juni 2011 stellte der Bundesverband Deutscher Stiftungen seinen StiftungsReport 2011/12 vor, der der Arbeit von Stiftungen im Klima- und Umweltschutz gewidmet ist. Der Report enthält neben den Ergebnissen einer repräsentativen Bevölkerungsumfrage zum Klimaschutz und der Rolle der Stiftungen auch die Resultate einer Befragung von 100 Umweltstiftungen. Dabei wird die Rolle der Stiftungen als Themenanwälte, als Förderer von Wissenschaft und Technologie sowie beim Erproben praktischer ökologisch nachhaltiger Ansätze in eigenen Abschnitten betrachtet. NGOs sowie Forschungs- und Bildungseinrichtungen gehören bei der Arbeit zu den Hauptpartnern von Stiftungen.

Weitere Informationen unter

<http://www.stiftungen.org/de/publikationen/stiftungsreport.html>

nach oben

Partizipationsstrukturen auf kommunaler Ebene: Publikation

In vielen Städten, Gemeinden und Kreisen gibt es Strategien zur lokalen Engagementförderung, um das Engagement und die Beteiligung ihrer Bürger zu unterstützen. Der eNewsletter von wegweiser-bürgergesellschaft.de der Stiftung Mitarbeit, widmet sich in seiner Nummer 12 mehreren kommunalen Beispielen. So erläutert Michaela Bonan, die zuständige Ombudsfrau bei der Stadt Dortmund, wieso der Aufbau kommunaler Beteiligungsstrukturen für eine Kommune wichtig ist. Pia Lorenz stellt als Referentin im Bürgerbüro der Stadt Chemnitz die städtischen Beteiligungsangebote vor. Dirk Lahmann stellt als Projektleiter Bürgerbeteiligung der Bundesstadt Bonn kommunale Erfahrungen mit einem Bürgerhaushalt dar und die wichtigsten beteiligungsorientierten Projekte der Stadt vor. Peter Rohland, Vorstand des vhw e.V., schreibt über den Handlungsrahmen und die Handlungsfelder des bürgerorientierten Städtennetzwerkes, das der vhw initiiert hat.

eNewsletter unter

<http://www.buergergesellschaft.de/aktuelles/archiv-des-newsletters/enewsletter-archiv-2011/2-quartal-2011/enewsletter-nr-122011-24062011-von-wegweiser-buergergesellschaftde/106027/>

nach oben

Corporate Volunteering: Befragung und Studie

Die amerikanische Handelskammer in Deutschland, AmCham Germany, hat zusammen mit Roland Berger Strategy Consultants eine Befragung bei Unternehmen in Deutschland zur Praxis des Corporate Volunteering (CV) durchgeführt. CV erfreut sich zunehmender Verbreitung, wobei die Unterstützung des ehrenamtlichen und gesellschaftlichen Engagements bei US-Tochtergesellschaften verbreiteter ist als in deutschen Unternehmen. Unter Corporate Volunteering wird im Rahmen der Studie die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements der Beschäftigten und der ehrenamtliche Einsatz von Human Resources von Unternehmen für gesellschaftliche Aufgaben verstanden, wobei der Einsatz der Mitarbeiter für den guten Zweck von Unternehmen mitgetragen bzw. aktiv unterstützt wird.

Studie unter

http://www.amcham.de/fileadmin/user_upload/Presse/2011/Corporate_Volunteering_Studie_2011_Final.pdf

nach oben

PPP: Publikation

Handelt es sich bei Public-Private-Partnerships tatsächlich um kreative Governance? Dieser Frage geht Lilian Schwalb, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Forschungszentrum für Bürgerschaftliches Engagement an der Humboldt-Universität zu Berlin, in ihrer Publikation »Kreative Governance? Public Private Partnerships in der lokalpolitischen Steuerung« nach. Dabei zeigt sie die Komplexität der Voraussetzungen auf, die für erfolgreiche PPP-Vorhaben hergestellt werden müssen, wenn sie erfolgsträchtig sein sollen. Neben politik- und verwaltungswissenschaftlichen Dimensionen des Themas argumentiert sie dabei insbesondere entlang von Analysen konkreter Fallstudien.

Lilian Schwalb, Kreative Governance?, Public Private Partnerships in der lokalpolitischen Steuerung, 2011, VS Verlag Springer Fachmedien Wiesbaden, ISBN 978-3-531-18151-6

nach oben

Förderpreis Bürgerstiftungen: Ausschreibung

Zum 14. Mal vergibt die Aktive Bürgerschaft ihren Förderpreis Bürgerstiftungen, um die Eigeninitiative von Bürgern zu stärken, die aktiv Verantwortung vor Ort übernehmen. Der Förderpreis Aktive Bürgerschaft 2012 wird in den vier Kategorien »mitStiften«, »mitGestalten«, »mitMachen« und »mitBestimmen« vergeben, die das Leistungsspektrum von Bürgerstiftungen abbilden sollen. Bewerbungsunterlagen, Erläuterungen zu den Kategorien und zu den Bewertungskriterien sind online verfügbar. Der Förderpreis Aktive Bürgerschaft ist mit insgesamt 40.000 Euro dotiert. Bewerbungsschluss ist der 16. August 2011.

Weitere Informationen unter

<http://www.aktive-buergerschaft.de/foerderpreis/wettbewerb>

nach oben

Bewegungsnetzwerk 50plus veranstaltet Vereinswettbewerb

Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) initiierte Anfang 2010 das »Bewegungsnetzwerk 50plus« als Reaktion auf gesellschaftliche Veränderungen wie z.B. den demographischen Wandel. Ziel ist es, Institutionen und Organisationen gezielt zu vernetzen und Angebotsstrukturen weiterzuentwickeln, um Ältere mit Sport und Bewegung zu erreichen. In diesem Zusammenhang findet 2011 ein Vereinswettbewerb statt, der erfolgreiche Kooperationen und Vernetzungen zwischen dem Sport und externen Partnern prämiert. Die angebotenen Aktivitäten oder Maßnahmen sollen sich auf den Bereich des Sports der Älteren beziehen, können aber auch generationenübergreifend aufgebaut sein. Zu gewinnen gibt es 3.000 Euro für den ersten Platz. Anmeldungen können noch bis zum 31. August 2011 an den DOSB gerichtet werden.

Anmeldebogen unter

<http://www.dosb.de/vereinswettbewerb>

nach oben

Hinweis

Der nächste Newsletter erscheint am 4. August 2011. Redaktionsschluss ist der 28. Juli 2011. Bitte schicken Sie Ihre Informationen an [newsletter\(at\)b-b-e.de](mailto:newsletter(at)b-b-e.de)

Die Beiträge dieses Newsletters geben, sofern nicht ausdrücklich als solche Nachrichten gekennzeichnet, nicht die Meinung des BBE wieder, sondern repräsentieren die Vielstimmigkeit der Meinungen und Akteure im BBE und im Feld der Engagementförderung und -politik. Die Redaktion des Newsletters verfolgt das Ziel, die jeweils aktuellsten und wichtigsten Nachrichten für die Leserschaft zusammenzustellen.

Die Hinweise auf die allgemeinen Geschäftsbedingungen für die Publikation von Nachrichten im BBE-Newsletter finden Sie unter [Impressum](#).

Redaktion: PD Dr. Ansgar Klein, Steffi Wilke MA und Dr. Rainer Sprengel.

Eine Übersicht über die nächsten geplanten Schwerpunkt-Themen finden Sie unter http://www.b-b-e.de/index.php?id=kommende_themen

Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE), - Geschäftsstelle -
Michaelkirchstr. 17-18, 10179 Berlin-Mitte, www.b-b-e.de

Geschäftsführer Dr. Ansgar Klein
Telefon: (0 30) 6 29 80-11 0
E-Mail: [ansgar.klein\(at\)b-b-e.de](mailto:ansgar.klein(at)b-b-e.de)